Konrad-Adenauer-Stiftung, Ahmet Rasim Sokak 27, 06550 Cankaya/ Ankara Länderbüro Türkei

POLITISCHER BERICHT TÜRKEI

ÜBERSICHT

- **Vor dem 13. außerordentlichen Parteitag der Republikanischen Volkspartei (CHP) - Zusammenbruch oder Wende?**
- **Bildungsreform tritt in eine neue Phase**
- **Diskussionen über die Einführung eines Präsidialsystems**
- **Info-Mail**

Vor dem 13. außerordentlichen Parteikongress der Republikanischen Volkspartei (CHP) - Zusammenbruch oder Wende?

Die Republikanische Volkspartei (CHP) ist die älteste Partei in der Geschichte der Republik Türkei. Sie wurde am 9. September 1923 von Mustafa Kemal Atatürk gegründet Er war auch der erste Parteivorsitzende. Bis zur Einführung des Mehrparteiensystems 1949/50 war die CHP die einzige Partei und stellte über 17 Jahre die Regierung. Mitte der sechziger Jahre schwenkte die Partei unter dem Einfluss der sozialistischen Ideologie der Studentenrevolten in die Richtung Mitte/links des Parteienspektrums. In den siebziger Jahren firmierte sie unter dem Begriff „Demokratische Linke“ und transformierte sich von einer Staats- zu einer Volkspartei. Nach dem Eingreifen der türkischen Militärs 1980 wurde die CHP, wie alle damaligen Parteien, mit einem mehrjährigen Verbot belegt und wurde erst 1992 wieder unter dem alten Namen etabliert.
Bei den nationalen Parlamentswahlen vom 03. November 2002 konnte die CHP einen unerwarteten Erfolg mit 19.2% der Stimmen verbuchen und ist nun erstmals nach ihrer Neugründung im Parlament vertreten. Sie ist heute mit 171 Abgeordneten, neben der AKP, die einzige weitere Fraktion im türkischen Parlament.

Die CHP ist mit dem Vorsitzenden Deniz Baykal an der Spitze in den letzten zwei Jahren in der türkischen Öffentlichkeit in erster Linie durch interne Streitigkeiten und weniger durch konstruktive Oppositionspolitik aufgefallen. Die Quittung für diese Politik bekam die CHP zuletzt bei den Kommunalwahlen vom März 2004: Sie konnte keinen nennenswerten Zugewinn an Mandaten verzeichnen.

Im Mittelpunkt der Streitigkeiten in der CHP steht die Zerstrittenheit über den Führungsanspruch. Deniz Baykal pflegt einen beachtenswerten Persönlichkeitskult und hat die Parteigremien fest im Griff. Nur ausgewählte Vertrauenspersonen und Weggefährten des Vorsitzenden nehmen wichtige Parteiämter wahr. Eine aufkommende innerparteiliche Opposition wird so schon im Keim erstickt. Darüber hinaus ist die Aufstellung eines Gegenkandidaten für den Parteivorsitz satzungsgemäß sehr schwierig. Baykal agiert deswegen wie ein Parteivorsitzender auf Lebenszeit. Türkische Kolumnisten sprechen mittlerweile offen von dem "Politbüro" der CHP.

Nach der Niederlage in den Kommunalwahlen fand ein außerordentlicher Parteitag der CHP unter Ausschluss der Öffentlichkeit und Presse statt. Hundertschaften der Polizei riegelten den Tagungsort ab. Selbst die Delegierten konnten nur unter großen Schwierigkeiten in den Sitzungssaal gelangen. Die Wahl der Parteigremien war eine Farce, da alle Kandidaten auf der einzigen Wahlliste von Baykal handverlesen waren.

In den letzten Monaten jedoch wuchs die innerparteiliche Opposition, was zu einem Parteiausschluss von drei CHP-Abgeordneten führte. Diese sind mittlerweile per Gerichtsurteil wieder in die Partei zurückgekehrt und die innerparteiliche Opposition sammelt sich um diese Politiker.

Im Zentrum des jüngsten Streits in der CHP steht Mustafa Sarıgül, der charismatische CHP-Bürgermeister des Istanbuler Stadtteils Şişli. Er beansprucht schon seit einiger Zeit den CHP-Parteivorsitz. Die Parteispitze um Baykal warf ihm daraufhin vor, in seiner Amtszeit als Stadtteilbürgermeister Bestechungen kassiert und Schmiergeld gezahlt zu haben. Diese Vorwürfe wurden über die Presse lanciert, bewiesen wurde aber keine der Anschuldigungen. Sarıgüls Parteiausschluss stand bereits auf der Agenda der parteiinternen Disziplinarkommission. Die Mitglieder stimmten jedoch gegen einen Ausschluss. Parteichef Baykal behauptete daraufhin, dass die Mitglieder der Disziplinarkommission von Sarıgül bestochen worden seien.

Ende Januar findet der 13. außerordentliche Parteitag statt, auf dem das Schicksal Baykals entschieden werden könnte. In den Medien wird bereits kritisiert, dass kein Tagesordnungspunkt des Parteitreffens sich mit den Bestechungsvorwürfen beschäftigt. Daraufhin erklärte der CHP-Abgeordnete Ahmet Güryüz Ketenci aus Istanbul - einer der drei sogenannten ‚Musketiere', die sich in die Partei zurückklagten - : „*Es gibt keine Diskussion, es gibt keine Verhandlungen, somit wohnt diesem Parteikongress ein absolut faschistischer Charakter inne".*

Neben der Personaldebatte geht es in der CHP um die grundsätzliche politische Ausrichtung der Partei. Noch immer fühlen sich große Teile der CHP als Gralshüter der atatürkschen Revolution. Dagegen stehen Kräfte, die aus der CHP eine moderne sozialdemokratische Partei machen wollen. Den Altvorderen wird vorgeworfen, dass die Pflege des kemalistischen Gedankengutes eine realitätsferne Politik sei und sich immer weniger Wähler dadurch angesprochen fühlten. Die Menschen in der Türkei wollten mehr politische Inhalte und praktische Lösungen, zudem sei die Partei zu sehr ins konservative Lager abgerutscht. Für viele Reformer in der CHP verkörpert der ehemalige

Wirtschaftsminister Kemal Derviş die Zukunft der Partei. Er formulierte bereits vor zwei Jahren in einem Buch neue sozialdemokratische Politikinhalte für die CHP. Viele sehen dies als eine gute Grundlage für ein neues Parteiprogramm. Derviş will jedoch nicht für den Parteienvorsitz kandidieren, unterstützt aber die innerparteiliche Opposition.

Die Zukunft der CHP bleibt weiter offen. Die regierende AKP erzielt nach neusten Umfragen Spitzenwerte von bis zu 61% in der Wählergunst. Der CHP droht durch das Machtstreben einzelner Protagonisten, auch noch die letzte Zustimmung zu verlieren. Der 29. Januar kann somit für die CHP für einen Neuanfang oder für das Abrutschen in die Bedeutungslosigkeit stehen.

Bildungsreform tritt in eine neue Phase

Die Ergebnisse der neusten Pisa-Studie bestätigten, was viele Experten schon lange befürchteten: Die Leistungen türkischer Schüler liegen im OECD-Vergleich weit unter dem Durchschnitt. Auf der Skala der 30 OECD-Staaten – insgesamt nahmen 41 Länder an dieser Studie teil - liegen die Leistungen der türkischen Schüler hinsichtlich Mathematik, Problemlösungen, Naturwissenschaften und Lesen jeweils auf Platz 28.

Auch ohne Pisa hatte das türkische Bildungsministerium schon vor einem Jahr mit wichtigen Reformen im Primarschulbereich begonnen, denen nun weitere folgen sollen. So soll das unentschuldigte Fehlen im Unterricht mit Nichtversetzung bestraft werden. Bisher wurde jeder Schüler im Sekundarschulbereich ohne Berücksichtigung seiner Leistung versetzt. Schüler der 10. und insbesondere 11. Klassen konnten bisher Monate entschuldigt fehlen, weil sie sich in den privaten Paukschulen (Dershaneler) auf die zentrale Hochschulzugangsprüfung vorbereiteten. Sie hatten lediglich ein ärztliches Attest vorzulegen und eine Versetzung war nicht gefährdet. Zudem müssen künftig die Schüler, die in zwei Fächern keine Punkte aufweisen, die Klasse wiederholen. Wer künftig bei Schulklausuren abschreibt oder betrügt, wird nicht mehr nur verwarnt, sondern erhält keine Punkte. Diese Regelung galt schon bei den Sekundarschulen und wird nun auch auf die Primarschulen übertragen.

Bedeutende Änderungen betreffen den Religionsunterricht in den Sekundarschulen. Das Bildungsministerium will neue Schulbücher für das Schuljahr 2005/6 erwerben und der Unterricht soll in ausgewählten Pilotregionen beginnen. Der Religionsunterricht, der nach wie vor unter dem Titel, Kenntnisse der Religionskultur und der Ethik' firmiert, wird auf zwei Unterrichtsstunden wöchentlich heraufgesetzt und neben dem Sunnitischen Islam soll erstmals auch auf das Alewitentum eingegangen werden. Daneben werden ausführlicher als bisher auch das Christen- und Judentum sowie ostasiatische Religionen behandelt. Auf Inhalte der Bibel und der Thora soll eingegangen werden, wobei über unterschiedliche Glaubensinhalte noch keine abschließende Sprachregelung gefunden wurde. Im Koran steht z.B., dass Jesus Christus als Prophet zu Gott aufgestiegen ist. Laut der Bibel wurde er gekreuzigt. Strittig ist noch, ob dieser Religionsunterricht wie bisher Pflichtunterricht sein wird. Viele Eltern und Bildungsexperten wünschen sich diesen Unterricht als Wahlfach. Die Reformvorschläge wurden von 42 Wissenschaftlern theologischer Fakultäten und Vertretern der Alewiten für das Bildungsministerium ausgearbeitet. Eine entsprechende Gesetzesvorlage steht aber noch aus.

Die Änderungen im Curricula für den "Neueren Geschichtsunterricht" der Sekundarschulen werden mit dem Schuljahr 2005/6 schon gültig. Im überarbeiteten Geschichtsunterricht werden zum ersten Mal Ereignisse der jüngeren Geschichte der türkischen

Republik aufgenommen. So werden die Schüler ab diesem Herbst auch Informationen zu den Eingriffen des türkischen Militärs 1960, 1972 und 1980, zum Übergang zum Mehrparteiensystem und dem NATO-Beitritt der Türkei erhalten. Bildungsminister Hüseyin Çelik verwies auf die Bedeutung solcher Lehrinhalte. „*Wir müssen unseren Kindern doch mitteilen, welche Auseinandersetzungen Ende der 70er Jahre letztlich zum Putsch der Militärs geführt haben, und dass es danach zu einem umfangreichen Entpolitisierungsprozess gekommen war, oder über die Gründe für die Hinrichtung des ehemaligen Ministerpräsidenten Adnan Menderes. Nur so können wir verhindern, dass noch einmal die gleichen Fehler gemacht werden, wir müssen unsere jungen Generationen mit der jüngsten Vergangenheit konfrontieren".*

Das von Hüseyin Çelik angekündigte umfangreiche Lehrerfortbildungsprogramm nimmt mittlerweile konkrete Züge an. Von 43.000 Schulen wurden mittlerweile 17.800 an das Internet angeschlossen. Mit der staatlichen Vakıfbank wurde eine Vereinbarung zur Finanzierung von Computern für die Lehrer unterzeichnet. Dieses Projekt wird von Microsoft Türkei unterstützt.

Die Türkei steht aber noch vor weiteren großen Herausforderungen im Bildungsbereich. Nach einer Untersuchung der Gewerkschaft im Bildungssektor „Eğitim-sen" wären noch immer 30% der Schulkinder über sechs Jahre ohne Schulabschluss. Nach der letzten Volkszählung aus dem Jahre 2000 lebten in der Türkei ca. 60 Millionen Menschen über 6 Jahre. Davon seien noch immer 12,7% Analphabeten, 37% hätten nur einen Grundschulabschluss und nur 3,5% einen Universitätsabschluss. Obwohl es vier Millionen Kinder im Kindergartenalter gebe, besuchten davon nur 435.000 eine Kindertagesstätte. 91% der Türken hätten keine Vorschulausbildung.

Trotz achtjähriger Grundschulpflicht würden 737.000 Kinder keine Schulausbildung beginnen, 30% davon seien Mädchen. Viele Eltern dieser Kinder würden eine Arbeitstätigkeit der Schulausbildung vor ziehen, aber in einigen Regionen ständen auch keine Schulen in einer ausreichenden Zahl zur Verfügung. 1.400 bisher geschlossene Schulen in den ländlichen Regionen wurden wieder geöffnet.

Diskussionen über die Einführung eines Präsidialsystems

Die Überlegungen der Regierung zur Einführung eines Präsidialsystems in der Türkei wurden von Ministerpräsident Tayyip Erdoğan im April des vergangenen Jahres während eines Fernsehinterviews zum ersten Mal öffentlich geäußert. „*Mein politischer Wunsch geht in Richtung eines Präsidialsystems oder eines semi-präsidentiellen Systems. Bedingung dafür ist natürlich ein Konsens zwischen allen Institutionen unseres Landes und auch der Menschen. Wenn wir dies schaffen sollten, glaube ich, dass die Türkei einen großen Sprung machen kann. Für mich wäre das amerikanische System ideal*." US-Präsident Bush selbst soll Erdoğan das amerikanische Regierungssystem nahe gelegt haben. Mittlerweile wurde die Diskussion durch den Regierungssprecher und Justizminister Cemil Çiçek sowie durch den Vorsitzenden der Verfassungskommission des Türkischen Parlaments, Prof. Dr. Burhan Kuzu, weiter angeheizt. Beide sind für einen Wandel des Regierungssystems.

Die starke Stellung des türkischen Staatspräsidenten wird von vielen türkischen Politikern abgelehnt, da dies ein Relikt des letzten Militärputsches aus dem Jahre 1980 sei.

Der türkische Staatspräsident hat neben seinen repräsentativen Funktionen umfangreiche legislative, exekutive und judikative Kompetenzen. Er kann Gesetze mit einem Veto belegen, das türkische Verfassungsgericht anrufen und Referenden anberaumen. Er hat den Vorsitz des Nationalen Sicherheitsrates, ernennt den Generalstabschef und im Kriegsfalle ist er der Oberbefehlshaber der Armee. Er kann das Kabinett einbestellen und den Vorsitz führen. Durch den Staatlichen Kontrollrat, der seiner Behörde unterstellt ist, kann er jederzeit jedes Ministerium oder jede staatliche Institution überprüfen lassen. Er hat Vorschlagsrecht für ein Viertel der Verfassungsrichter und für die Hälfte der Mitglieder des Hochschulrates. Auf deren Vorschlag hin ernennt er alle Universitätsrektoren und auf Vorschlag des „Hohen Richter und Staatsanwaltsrats“ die wichtigsten Richter. Eigentlich erfüllt das Amt des türkischen Staatspräsidenten heute schon einige Vorraussetzungen eines Präsidialsystems. Jedoch mit einem wichtigen Unterschied: Der Staatspräsident braucht keine Wahlen zu gewinnen.

Ein Wandel des Regierungssystems wurde auch schon von den früheren Ministerpräsidenten Özal und Demirel angeregt. Während Demirel eher das französische Vorbild bevorzugte, wollte Özal die Türkei nach dem Vorbild der USA umgestalten. Der Gedanke wurde jedoch von Beiden nicht weiter verfolgt, obwohl es dafür die notwendigen Mehrheiten in der Großen Türkischen Nationalversammlung gab. Beide hatten später das Amt des Staatspräsidenten der Türkei inne.

Der aktuellen Diskussion liegen jedoch andere Motive zu Grunde. Die Amtszeit des derzeitigen Staatspräsidenten Ahmet Necdet Sezer endet im Mai 2007. Eine Wiederwahl ist laut Verfassung nicht möglich. Nationale Wahlen stehen übrigens für November 2007 an. Für viele politische Beobachter gibt es keinen Zweifel daran, dass Ministerpräsident Erdoğan auch Staatspräsident werden möchte. Eine knappe zwei Drittelmehrheit dafür hat die AKP im Parlament. Jedoch möchte, nach Ansicht politischer Beobachter, der AKP-Vorsitzende nicht ohne umfangreiche Machtbefugnisse in das Präsidentenamt wechseln. Er wolle wohl vor allem die EU-Beitrittsverhandlungen weiterhin wesentlich mitgestalten.

Parlamentspräsident Bülent Arinç hat vor einer verfrühten Einführung eines Präsidialsystems gewarnt. Mindestens zwei Legislaturperioden solle der Parlamentarismus noch beibehalten werden. In dieser Zeit könne über eine Stärkung und Verbesserung des aktuellen politischen Systems nachgedacht werden. Möglich wäre z.B. die Herabsetzung der 10% Sperrklausel. Ministerpräsident Erdoğan ist gegen eine Absenkung der Sperrklausel, regte aber an, für 100 der 550 Sitze im türkischen Parlament diese Regel künftig auszusetzen. Die Diskussion um einen Systemwandel hat Bewegung in die Reformbestrebung des türkischen Parlamentarismus sowie des Parteien- und Wahlrechts gebracht.

Zustimmung und Ablehnung der Reformvorschläge halten sich in der türkischen Öffentlichkeit die Waage. Einige bevorzugen aus historischen Erfahrungen das System eines „Starken Mannes“. Einzelne Führungspersönlichkeiten würden in der Türkei immer noch mehr bewegen als Programme oder Konzepte. Der Großindustrielle Rahmi Koç meldete sich zu diesem Thema von seiner Weltumseglung. Die beste Regierungsform sei für ihn die einer „klugen Diktatur“. Da dies in der heutigen Zeit jedoch kaum mehr durchsetzbar sei, bevorzuge er das Präsidialsystem. Kritiker verweisen daraufhin, dass der Zentralismus in der Türkei eine andere Regierungsform als die aktuelle ad absurdum führe. Das föderale System in den USA beinhalte große politische Kompetenzen der einzelnen Staaten, zudem gebe es in der Türkei sehr ausgeprägte und starke Parteien, die einen solchen Systemwechsel nicht befürworten würden.

Es wird darüber spekuliert, dass die AKP schon einen Entwurf für eine Verfassungsreform ausgearbeitet hat und zurzeit den Grad der Bereitschaft in der Bevölkerung für ein solches Vorhaben testet. Viele nehmen an, dass Tayyip Erdoğan im Mai 2007 neuer Staatspräsident und Außenminister Abdullah Gül neuer Ministerpräsident sein wird. Ende 2007 gewinnt die AKP dann mit großer Mehrheit die Wahlen und einer Änderung des Regierungssystems stünde nichts mehr im Wege. Einige vermuten jedoch, dass es zu vorgezogenen Neuwahlen im Jahr 2006 kommen könnte. Die hervorragenden Umfragewerte von 61% Zustimmung in der Wählergunst für die AKP werden wohl kaum noch drei lange Jahre gehalten werden können. Ministerpräsident Erdoğan könnte so sichere Mehrheiten für die notwendigen Verfassungsänderungen bekommen.

Info-Mail

Eine Umfrage der Ankaraer Universität Gazi unter 3.412 Universitätsdozenten aller 69 türkischer Universitäten hat interessante Ergebnisse gebracht. Auf die Frage, welcher türkischen Institution bringen sie das meiste Vertrauen entgegen, nannten 47% der Befragten das Militär. Das türkische Parlament kommt weit abgeschlagen mit 17% an zweiter Stelle, gefolgt vom Rechtsstaat mit 15%. Der EU vertrauen nur 6% und der Regierung nur 4%. 34% der Befragten befürchten künftig den teilweisen Verlust der nationalen Identität und 22% eine Zunahme fundamentalistischer Umtriebe. Auf die Frage, ob die EU ein Christenklub sei, antworten immerhin 30% mit Ja, 52% verneinten dies. 64% der Befragten waren Männer und 36% Frauen. +++ Das türkische Arbeitsministerium führt alle zwei Jahre gemeinsam mit den Gouverneursverwaltungen, Bürgermeistern, Verbänden und Universitäten eine umfangreiche landesweite Untersuchung der Lebensbedingungen durch. Verschiedene Faktoren wie BSP pro Kopf, Infrastruktur, Grad der Verstädterung, Geburtenraten, Säuglingssterblichkeit, Analphabetenrate, Arbeitslosenrate, Strom- und Wasserverbrauch pro Kopf etc. werden für jede Provinz ausgewertet. Demnach hat im Jahr 2004 die Provinz Izmir das höchste Entwicklungsniveau, gefolgt vom Gouverneursbezirk Ankara. Istanbul kommt erst an sechster Stelle und die Provinz Hakkâri ist Schlusslicht. Das Prokopfeinkommen ist in Kocaeli am höchsten und am geringsten in Ağri. Die Verbrechensrate ist am höchsten in Gaziantep und am geringsten in der Provinz Erzincan. Die Ergebnisse belegen eindrücklich das Ost-Westgefälle in der Türkei. ++++ Das der Regierungspartei AKP nahe stehende Wahlforschungsinstitut ANAR hat die neusten Umfrageergebnisse veröffentlicht. Demnach führt die AKP mittlerweile mit 61% ganz deutlich in der Wählergunst. Die CHP komme nur noch auf 12,9% der Stimmen. Ministerpräsident Tayyip Erdoğan wird von 73% der Befragten als erfolgreich bewertet, gefolgt vom Oppositionsführer Deniz Baykal mit 38%. +++ Für das Schnellzugprojekt zwischen Istanbul und Ankara sind im Rahmen der staatlichen Ausschreibung mittlerweile 11 Angebote eingegangen. Durch den Bau einer neuen Eisenbahntrasse soll die Reisezeit zwischen den beiden Grosstädten auf drei Stunden reduziert werden. In den Konsortien, die sich um ein Auftragsvolumen von 701 Mio. Euro bewerben, sind mit der Hochtief AG, Rhomberg und Siemens auch drei deutsche Firmen, die sich mit ihren jeweiligen türkischen Partnern um diesen Auftrag bemühen. +++ Auf einer Pressekonferenz der Nationalistischen Bewegungspartei (MHP) kritisierte der stellv. Vorsitzende Ali Işıklar die Regierungspolitik und die AKP. Die Regierung würde zum Ziel der EU-Mitgliedschaft den unitaristischen Charakter der Türkei zerstören und Gesetze beschließen, die gegen die türkische Verfassung und geltendes Recht verstiessen. Die USA und die EU würden den Druck auf die Türkei erhöhen und verfolgten das Ziel, die Türkei zu einem zweiten Afghanistan zu machen. +++ Das türkische Verfassungsgericht hat das neue Städtegesetz für ungültig erklärt, weil es bei der Abstimmung im türkischen Parlament zu einem formalen Fehler

gekommen sei. Das neue Gesetz werde jedoch erst in sechs Monaten ungültig, damit es zu keinem Chaos komme, so die Begründung des Gerichts. Die oppositionelle CHP hat am 30. Dezember 2004 das türkische Verfassungsgericht angerufen, weil die vorgesehene letzte Abstimmung für dieses Gesetz nicht zustande gekommen sei, da im Plenum keine ausreichende Mehrheit anwesend war. +++ Ministerpräsident Erdoğan teilte mit, dass im Jahre 2005 15 neue staatliche Universitäten eröffnet werden sollen. Die Vorbereitungen von Seiten des Bildungsministeriums stünden vor dem Abschluss und Mitte des Jahres würde das Thema auf der Agenda des Parlaments stehen. Bisher gibt es in der Türkei 69 Universitäten, davon 51 staatliche und 18 sogenannte private Stiftungsuniversitäten. Eine Erhöhung der Universitätskapazitäten ist notwendig geworden, weil pro Jahr nur 15%-20% der Studierwilligen einen Studienplatz erhalten. +++

Ankara, den 24. Januar 2005 Frank Spengler/ Dirk Tröndle